

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2011

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Landtags

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
01 01	Landtag	6
01 03	Datenschutzbeauftragter	58
	Abschluss des Einzelplans	76
	Stellenpläne, Stellenübersichten	79

V o r w o r t z u m E i n z e l p l a n

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 01 weist die Einnahmen und Ausgaben des Landesparlaments und seiner Verwaltung aus.

Nach dem Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 28. Dezember 2005 (GVBl. I 2006 S. 110, 439) besteht der Hessische Landtag in der 18. Legislaturperiode aus 118 Abgeordneten. Die Abgeordneten wurden am 18. Januar 2009 gewählt. Die Wahlperiode begann am 18. Januar 2009 und endet - falls nicht der Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließen sollte - am 17. Januar 2014.

Rechtsstellung und Aufgaben des Landtags sind im Wesentlichen in den Abschnitten IV bis VI des Zweiten Hauptteils der Landesverfassung festgelegt. Seine Organisation und Arbeitsweise im Einzelnen regelt der Landtag nach Art. 99 HV durch seine Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1993 (GVBl. I S. 628), zuletzt geändert und neu in Kraft gesetzt am 5. Februar 2009 (GVBl. I S. 50). Außer dem Präsidium, dem Ältestenrat und dem Hauptausschuss (Ständiger Ausschuss nach Art. 93 HV) bestehen zur Vorberatung der Vorlagen, über die der Landtag zu beschließen hat, 10 Fachausschüsse mit mehreren Unterausschüssen.

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag ergeben sich aus dem Hessischen Fraktionsgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 106), zuletzt geändert am 19. November 2008 (GVBl. I S. 978).

Die Verwaltung des Landtags obliegt nach der Verfassung und der Geschäftsordnung dem Landtagspräsidenten, der hierbei mit dem Präsidium zusammenwirkt; für den Bereich des Landtags vertritt der Landtagspräsident das Land Hessen.

Der Präsident bedient sich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten der Kanzlei des Landtags.

Zum Geschäftsbereich des Landtags gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, dessen Einnahmen und Ausgaben in einem eigenen Kapitel ausgewiesen sind (Kap. 01 03).

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 01		2011	2010
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 537 100	1 522 700
2	Übertragungseinnahmen	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	343 000	40 000
Gesamteinnahmen		1 880 100	1 562 700
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	34 384 300	33 366 000
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	6 321 900	5 437 400
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—
6	Übertragungsausgaben	8 615 500	8 575 100
7	Bauausgaben	—	25 000
8	Sonstige Investitionsausgaben	123 100	964 300
9	Besondere Finanzierungsausgaben	1 601 000	1 325 000
Gesamtausgaben		51 045 800	49 692 800
Zuschuss / Überschuss		-49 165 700	-48 130 100

C. Personalsoll des Einzelplan 01

	Stellen			
	2011	davon Leerstellen	2010	davon Leerstellen
Beamte und Richter	100,0	5,0	95,5	5,0
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	115,0	1,0	112,5	1,0
davon Auszubildende	3,0		3,0	
Zusammen	215,0	6,0	208,0	6,0

D. Zielsysteme des Hessischen Landtags und des Hessischen Datenschutzbeauftragten**Oberziel des Hessischen Landtags**

Hessen ist eine parlamentarische und demokratische Republik. In der parlamentarischen Demokratie ist das Parlament das oberste Organ der politischen Willensbildung. Einzig das Parlament verfügt über die demokratische Legitimität durch vom Volk gewählte Vertreter. Wichtigste Aufgaben des Parlaments sind neben Gesetzgebung sowie Regierungskontrolle die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion. Das parlamentarische Budgetrecht ist das Herzstück jeder parlamentarischen Kontrolle. Im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) muss das Parlament darauf bedacht sein, durch differenzierte Steuerungsinstrumente das parlamentarische Budgetrecht wahrzunehmen. Die Parlamentsverwaltung dient der Unterstützung des Parlaments, seiner Organe und seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der verfassungsrechtlich normierten Parlamentsfunktion. Das Oberziel der Parlamentsverwaltung lautet:

"Die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen."

Alle Produkte des Einzelplans 01 - Kapitel 01 01 - dienen der Umsetzung von Zielen, die zu diesem Oberziel zusammengefasst sind.

Ziele	Plankosten	Plankosten	Istkosten
	2011	2010	2009
	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
Ziel 1: Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten - Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament (Produkt-Nr. 1)	10.834,8	10.191,2	9.695,1
Ziel 2: Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen (Produkt-Nr. 2)	3.025,8	2.692,3	2.871,4
Ziel 3: Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen - Begleitung von Petitionen (Produkt-Nr. 3)	998,1	838,0	812,2
Ziel 4: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit (Produkt-Nr. 4) - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung (Produkt-Nr. 5)	609,5 1.926,8	582,3 1.736,8	640,7 1.882,6

Oberziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Hessen hat die Institution des Hessischen Datenschutzbeauftragten geschaffen und ihm mit dem Hessischen Datenschutzgesetz Aufgaben zugewiesen, die er in völliger Unabhängigkeit ausübt. Er ist dem Parlament und der Regierung über das Ergebnis seiner Tätigkeit berichtspflichtig. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat alle Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, datenschutzrechtlich zu prüfen und zu beraten, Bürgeranfragen zu behandeln, die technische Entwicklung zu beobachten, Informationen bereitzustellen sowie gesetzgeberische und administrative Vorhaben beratend zu begleiten. Mit seiner Aufgabenerfüllung verfolgt er das Oberziel:

"Zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, zur Erreichung einer in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf Dauer sicheren, grundrechtskonformen und bürgerfreundlichen Verwaltung beitragen."

Ziele	Plankosten	Plankosten	Istkosten
	2011	2010	2009
	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
Ziel 1: Den Schutz des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sicherstellen. - Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen (Produkt-Nr. 6)	2.009,7	2.072,8	1.868,8
Ziel 2: Die Beachtung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei normativen Regelungsvorhaben und Entscheidungen sicherstellen. - Stellungnahme zu Normsetzungen / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament (Produkt-Nr. 7)	405,9	313,7	327,9

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

- keine -

Wirtschaftsplan

Landtag

A. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsplan weist die Produkte, Leistungen und Projekte der Kanzlei des Landtags sowie die Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene, für Fraktionen des Landtags und für Landesverbände der Parteien oder andere Träger von Wahlvorschlägen zu Landtagswahlen einschließlich der zugehörigen Erfolgs- und Finanzplanung aus:

Der Hessische Landtag besteht in der 18. Legislaturperiode aus 118 vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Landtag wählt den Präsidenten, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes (Art. 84 Hessische Verfassung - HV).

Der Präsident verwaltet die gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtags nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes (Art. 86 HV).

Das Präsidium ist der Vorstand des Landtags im Sinne der Art. 84 und 86 HV. Es beschließt über die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit deren Regelung nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten nach Art. 86 HV oder dem Ältestenrat vorbehalten ist (§ 46 Abs. 1 Geschäftsordnung des Hessischen Landtags - GOHLT). Das Präsidium stellt insbesondere den Vorschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest und kann Vorschriften über die Benutzung der Einrichtungen des Landtags erlassen (§ 46 Abs. 2 GOHLT).

Der Direktor beim Landtag ist der ständige Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten der Kanzlei (§ 7 Abs. 4 GOHLT). Er leitet verantwortlich die Kanzlei.

Die Kanzlei des Landtags gliedert sich in ein Präsidialbüro und drei Abteilungen. Aufgabe der Kanzlei des Landtags ist die Unterstützung des Präsidenten bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben, die Vorbereitung der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse, die Entgegennahme von Gesetzentwürfen, Anträgen, sonstigen Vorlagen, Eingaben und anderen an den Landtag gerichteten Schriftstücken und deren vorbereitende Bearbeitung (§ 107 Abs. 1 GOHLT).

Die Kanzlei erbringt Leistungen im Rahmen von Protokollanlässen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie zur Förderung politischer Bildung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Zahlungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die Leistungen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Leistungen an die Fraktionen, zu denen sich die Mitglieder des Landtags zusammengeschlossen haben. Die Leistungen an die Fraktionen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung. Die Höhe der Mittel nach § 3 Hessisches Fraktionsgesetz sowie die Leistungen nach § 2 Abs. 2 Hessisches Fraktionsgesetz für das Haushaltsjahr 2011 werden mit diesem Haushaltsplan festgesetzt (siehe "Erläuterungen Erfolgsplan", Abschnitt "Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen").

Die Kanzlei erbringt die Zahlungen an die Landesverbände der Parteien und sonstige Träger von Wahlvorschlägen nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes.

Für die Kanzlei des Landtags wurden fünf Produkte

- Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament
- Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen
- Begleitung von Petitionen
- Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit
- Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

gebildet und

- Externe Leistungen
- Zwischenbehördliche Leistungen

definiert, die in den Erläuterungen zum Leistungsplan beschrieben werden.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG), nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz), nach dem Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen (Landtagswahlgesetz - LWG) und dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz - PartG) werden im Abschnitt "Kosten der Legislative" nachgewiesen.

Zum Buchungskreis 2010 gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, der einen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die im Leistungsplan ausgewiesenen Ergebnisse und die Produktabgeltung sind - neben dem Finanzrahmen - Gegenstand des Haushaltsbeschlusses und damit verbindlich.

Die Ansätze der Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Projekte.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Zwischenbehördlichen Leistungen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der Produkte 4 und 5 verwendet werden.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen stellen Zielvorgaben dar, die nach Möglichkeit erreicht werden sollen.

Erfolgsplan

50 v.H. des managementbedingt entstandenen Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage (Verwaltungsrücklage) eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt. Ausnahmen sind zulässig; sie bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, werden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses wie Einnahmen aus laufenden Geschäften behandelt.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralem Rumpfhaushalt

Siehe kameralem Haushalt.

Zum 31.12.2009 bestehen eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 378.908,14 EUR und eine Investitionsrücklage in Höhe von 1.597.019,20 EUR. Aus der Allgemeinen Rücklage wurde im Jahr 2009 ein Betrag in Höhe von 1.841.200,00 EUR zur Entlastung des Landeshaushalts entnommen. Aus der Investitionsrücklage wurde ein Betrag in Höhe von 1.000.000,00 EUR zur Entlastung des Landeshaushalts entnommen. Für die Deckung von Investitionsausgaben wurde ein Betrag in Höhe von 47.900,00 EUR entnommen. Für im Jahr 2009 nicht realisierte Investitionen wurde ein Betrag in Höhe von 322.500,00 EUR der Investitionsrücklage zugeführt.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2011				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
Produkte							
1		Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament	17.759	10.834,8	1.389,9	9.144,9	-300,0
2		Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen	27.386	3.025,8	–	3.025,8	–
3		Begleitung von Petitionen	10.077	998,1	–	998,1	–
4		Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit	5.199	609,5	–	609,5	–
5		Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung	11.885	1.926,8	–	1.926,8	–
Summe Produkte				17.395,0	1.389,9	15.705,1	-300,0
Projekte							
1		Enquetekommission Integration	1	272,2	–	272,2	–
2	neu	Untersuchungsausschuss 18/1	1	263,6	–	263,6	–
3	neu	Untersuchungsausschuss 18/2	1	78,1	–	78,1	–
Summe Projekte				613,9	–	613,9	–
Externe Leistungen							
1		Herstellung, Druck und Kopie für Externe	800	0,5	0,5	–	–
2	weg	Vorbereitung und Durchführung von Fremdveranstaltungen	–	–	–	–	–
Summe Externe Leistungen				0,5	0,5	–	–
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Ausbildung von Rechtsreferendaren	–	–	–	–	–
2		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise	–	–	–	–	–
3		Veranstaltungen, Pressekonferenzen	75	11,3	–	11,3	–
4		Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise	938	73,9	–	73,9	–
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				85,2	–	85,2	–
Gesamtsumme				18.094,6	1.390,4	16.404,2	-300,0

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2010					Ist 2009				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
15.102	10.191,2	1.378,6	8.812,6	-	14.737	9.695,1	918,8	9.095,5	319,2
27.304	2.692,3	-	2.692,3	-	26.982	2.871,4	-	2.703,5	-167,9
10.299	838,0	-	838,0	-	8.136	812,2	-	721,0	-91,2
5.130	582,3	-	582,3	-	6.268	640,7	-	605,7	-35,0
11.890	1.736,8	-	1.736,8	-	8.681	1.882,6	-	2.050,9	168,3
	16.040,6	1.378,6	14.662,0	-		15.902,0	918,8	15.176,6	193,4
1	226,0	-	226,0	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	226,0	-	226,0	-		-	-	-	-
1.200	6,4	6,4	-	-	233	0,3	5,8	-	5,5
-	-	-	-	-	1.527	120,6	65,4	-	-55,2
	6,4	6,4	-	-		120,9	71,2	-	-49,7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	16,7	16,7	-	-
30	2,3	-	2,3	-	54	10,0	-	4,0	-6,0
250	26,9	-	26,9	-	381	56,8	-	19,0	-37,8
	29,2	-	29,2	-		83,5	16,7	23,0	-43,8
	16.302,2	1.385,0	14.917,2	-		16.106,4	1.006,7	15.199,6	99,9

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Kosten der Legislative*	Soll 2011				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- Abgeltung	Ergebnis
1		Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	-	23.837,8	-	23.837,8	-
2		Zahlungen an Fraktionen und Parteien	-	8.513,0	-	8.513,0	-
3		Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	-	5.124,6	-	5.124,6	-
4		Übergangsleistungen für ehemalige Abgeordnete	-	87,5	-	87,5	-
		Summe		37.562,9	-	37.562,9	-

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2010					Ist 2009				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
-	19.761,9	-	19.761,9	-	-	22.951,9	-	22.951,9	-
-	8.471,3	-	8.471,3	-	-	8.283,9	-	8.283,9	-
-	1.826,3	-	1.826,3	-	-	4.875,5	-	4.875,5	-
-	-	-	-	-	-	454,4	-	454,4	-
	30.059,5	-	30.059,5	-		36.565,7	-	36.565,7	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:

Bezeichnung: Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Parteiengesetz, Fraktionsgesetz, Vertrag von Lissabon, Vereinbarung zwischen dem Hessischen Landtag und der Hessischen Landesregierung betreffend Unterrichtung in EU-Angelegenheiten, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt werden die Rahmenbedingungen für Abgeordnete für die Arbeit im Parlament geschaffen sowie Verwaltungsdienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen erbracht.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Repräsentanz des Landtags nach Außen
- Kontakte zu Partnerregionen, insbesondere in der EU
- Politische Zuarbeit, soweit die Repräsentanz des Landtags in Gremien dies erfordert
- Rechtsberatung der Abgeordneten in Parlamentsangelegenheiten
- Berechnung der Entschädigungszahlungen, von Übergangsgeld, Versorgungszahlungen, Beihilfe, Reisekosten u.a.
- Informationsvermittlung (Bibliotheksdienst, Landtagsinformationssystem, Pressespiegel)
- Betreuung des Vereins der Ehemaligen
- Personalwirtschaftliche Betreuung der Mitarbeiter von Abgeordneten
- Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- u. Sitzungsräumen
- Fahrdienste
- Bereitstellung von IT Hard- und Software
- Bearbeitung und Prüfung von Fraktions-/Parteienfinanzierung
- Budgetbüro

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten"

5. Empfänger

Das Parlament.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	17.759	15.102	14.737	14.972	15.047
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>6.2.1 Infrastruktur für das Parlament verbessern</u>						
Bewertung durch die Empfänger	Schulnote					
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>6.3.1 Infrastrukturkosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Landtagsmandat	Euro	80.042	74.683	74.375	75.454	63.524
Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz	Euro	6.251	6.530	6.012	6.926	6.141

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Infrastruktur für das Parlament verbessern" handelt es sich um eine neue Kennzahl, die ab 2011 durch Befragung der Mitglieder des Landtags ermittelt werden soll.

Bei der Kennzahl "Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz" werden nur die Kosten für die Anmietung und Betreuung der Arbeitsplätze sowie die Leitungskosten ausgewiesen. Nicht enthalten sind die anteiligen Kosten der Infrastruktur inkl. Serverfarm im Landtag.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	1.596.321	1.654.978	1.340.578
Sachkosten	1.182.924	1.092.648	866.696
Kalkulatorische Kosten	934.012	1.030.583	1.064.434
Sonstige Kosten *	7.121.606	6.413.008	6.423.354
Gesamtkosten	10.834.863	10.191.217	9.695.062
Erlöse	1.389.948	1.378.592	918.789
Produktabgeltung	9.144.915	8.812.625	9.095.523
Ergebnis	-300.000	-	319.250

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	610,11	674,83	657,87

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	514,95	583,54	617,19

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:

Bezeichnung: Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit diesem Produkt wird der Ablauf der parlamentarischen Initiativen und des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Parlaments gewährleistet.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Geschäftsmäßige Bearbeitung von Gesetzesinitiativen und diese betreffende Anträge
- Geschäftsmäßige Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen
- Geschäftsführung Ältestenrat
- Geschäftsführung Plenum
- Begleitung von Wahlen interner und externer Gremien
- Geheimschutz
- Geschäftsführung der Fachausschüsse
- Geschäftsführung der Enquetekommissionen
- Bearbeitung und Erstellung von Ausschussprotokollen, Plenarprotokollen, Protokollen für die Enquetekommissionen, Untersuchungsausschüsse und für Präsidium und Ältestenrat
- Sitzungsdienst Plenum
- Organisation und Durchführung von Anhörungen
- Parlamentsdokumentation
- Reisemanagement im Gesetzgebungsverfahren (Ausschussreisen)
- Herstellung und Druck von Protokollen und Drucksachen
- Planung und Einführung von Workflow

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Landesregierung, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	27.386	27.304	26.982	23.042	28.856
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Ordnungsgemäßen parlamentarischen Ablauf sicherstellen</u>						
Anzahl von fehlerhaften Initiativen	Stück	0	0	0	0	0
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzungsstunde	Euro	13.754	12.237	13.355	24.365	12.645
Durchschnittliche Kosten einer Initiative	Euro	1.325	1.772	1.239	3.303	1.419

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Anzahl von fehlerhaften Initiativen" handelt es sich um Beanstandungen von Initiativen durch die Staatskanzlei.

In der Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzung" wird der Aufwand aller Leistungen, die zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung (inkl. Ausschusssitzungen und Anhörungen) einer Plenarsitzung notwendig sind, ausgewiesen (gesamter Leistungsumfang siehe Punkt 3.2 "Leistungen zum Produkt").

Die Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Initiative" weist den Aufwand aller Leistungen vom Eingang der Initiative beim Landtag bis hin zur Ablage im Archiv aus.

Die hohen Kosten im Jahr 2008 ergaben sich aus höheren Personalkosten, die durch erhöhte Abführungen an die Vorsorgekasse des Landes begründet waren.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	1.404.103	1.224.502	1.426.640
Sachkosten	265.511	282.025	173.491
Kalkulatorische Kosten	27.374	35.365	35.110
Sonstige Kosten *	1.328.811	1.150.377	1.236.131
Gesamtkosten	3.025.799	2.692.269	2.871.372
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	3.025.799	2.692.269	2.703.505
Ergebnis	-	-	-167.867

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	110,49	98,60	106,42

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	110,49	98,60	100,20

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:

Bezeichnung: Begleitung von Petitionen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (GGO), Bundesgesetze, Landesgesetze, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die parlamentarische Bearbeitung von Petitionen sichergestellt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Bearbeitung von Petitionen
- Geschäftsführung und Protokolle für Petitionsausschuss und Vorprüfungskommission
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Petitionen
- Reisemanagement für Petitionsausschussreisen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Petenten, Landesregierung, Bundestag und andere Landtage

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	10.077	10.299	8.136	8.430	9.162
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Arbeit des Petitionsausschusses unterstützen</u>						
Quote der an die Ausschüsse überwiesenen Petitionen	Prozent					

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Petition	Euro	832	698	777	1.065	639

Erläuterung von Kennzahlen

Für die Ermittlung der Kennzahl "Quote der an die Ausschüsse überwiesenen Petitionen" müssen noch Programmierungen an der Datenbank vorgenommen werden.

Bei der Kennzahl zur Finanzwirtschaft ergaben sich die höheren Kosten im Jahr 2008 aus höheren Personalkosten, die durch erhöhte Abführungen an die Vorsorgekasse des Landes begründet waren.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	521.895	428.068	380.856
Sachkosten	29.236	34.403	21.089
Kalkulatorische Kosten	10.734	12.747	11.912
Sonstige Kosten *	436.213	362.736	398.371
Gesamtkosten	998.078	837.954	812.228
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	998.078	837.954	720.992
Ergebnis	-	-	-91.236

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	99,05	81,36	99,83

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	99,05	81,36	88,62

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:

Bezeichnung: Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt werden protokollarische Anlässe und offizielle Veranstaltungen des Landtags durchgeführt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle im Hessischen Landtag
- Organisation der Teilnahme des Landtags am Hessentag
- Assistentztätigkeit für den Landtagspräsidenten
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Protokollanlässen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	5.199	5.130	6.268	5.891	6.530
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Qualität der "kleinen" Protokollanlässe optimieren</u>						
Zufriedenheit des Auftraggebers mit "kleinen" Protokollanlässen	Schulnote					

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Kosten der "kleinen" Protokollanlässe optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten je "kleinem" Protokollanlass	Euro	3.115	1.917	2.420	3.090	2.318

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Zufriedenheit des Auftraggebers mit "kleinen" Protokollanlässen" handelt es sich um eine neue Kennzahl, die ab 2011 durch Befragung des Auftraggebers ermittelt werden soll.

Bei der Kennzahl zur Finanzwirtschaft ergaben sich die höheren Kosten im Jahr 2008 aus höheren Personalkosten, die durch erhöhte Abführungen an die Vorsorgekasse des Landes begründet waren.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	261.941	236.864	305.085
Sachkosten	142.753	168.397	132.253
Kalkulatorische Kosten	11.073	19.245	11.629
Sonstige Kosten *	193.766	157.763	191.734
Gesamtkosten	609.533	582.269	640.701
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	609.533	582.269	605.721
Ergebnis	-	-	-34.980

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	117,24	113,50	102,22

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	117,24	113,50	96,64

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:

Bezeichnung: Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die Darstellung des Landtags in der Öffentlichkeit sichergestellt.
- Ergänzend dazu soll ein Seminarprogramm für Besuchergruppen, insbesondere Schüler und Jugendliche, entwickelt werden.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Betreuung der Landtagswebsite
- Besucherdienst und Führungen
- Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Eigenveranstaltungen
- Verfassung und Herausgabe von Publikationen
- Organisation und Durchführung von Seminaren der politischen Bildung
- Entwicklung und Pflege der Abgeordnetendatenbank und des amtlichen Handbuchs
- Betreuung von Fremdveranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	11.885	11.890	8.681	9.996	5.512
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Image des Landtags verbessern</u>						
Bewertung von Seminaren durch die Teilnehmer	Schulnote					
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Finanzmittel zielgerichtet einsetzen</u>						
Durchschnittliche Kosten je Seminarteilnehmer	Euro	161	137	157	173	154
Durchschnittliche Kosten je Besucher	Euro	21	20	21	17	19

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Bewertung von Seminaren durch die Teilnehmer" handelt es sich um eine neue Kennzahl, die ab 2011 durch Befragung der Seminarteilnehmer ermittelt werden soll.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	545.249	521.376	413.131
Sachkosten	735.369	624.738	934.608
Kalkulatorische Kosten	157.936	169.015	126.852
Sonstige Kosten *	488.241	421.643	408.050
Gesamtkosten	1.926.795	1.736.772	1.882.641
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	1.926.795	1.736.772	2.050.933
Ergebnis	–	–	168.292

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
----------------------	------------------	------------------	-----------------

162,12

146,07

216,87

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	162,12	146,07	236,26

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 1:

Bezeichnung: Enquetekommission "Integration"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 6. Oktober 2009 (Drucksachen 18/1172 und 18/1159)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Aufgabe der Enquetekommission ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituationen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen vorzunehmen und Vorschläge für die hessische Integrations- und Migrationspolitik zu machen. Dabei sollen insbesondere die mit Migration und Integration verbundenen Problemstellungen und Chancen herausgearbeitet und dargestellt werden. Migration kann zahlreiche wünschenswerte Effekte für die hessische Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und das Zusammenleben bedingen. Die Enquetekommission soll Konzepte entwickeln, wie Potenziale erfolgreicher erkannt, gefördert und nutzbar gemacht werden können.

Unverzichtbares Ziel ist es, die wirtschaftlichen, sozialen sowie im Bereich der Bildung und Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Dabei soll auch untersucht werden, welche Probleme bei der Integration stärker soziale und welche stärker migrationsspezifische Ursachen haben und in welchem Maße der jeweilige Zeitpunkt der Migration nach Deutschland bzw. nach Hessen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss. Weiterhin sollen auf beiden Seiten bestehende Ängste und Vorbehalte untersucht werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Integrationsarbeit in den Kommunen untersucht und gelungene Beispiele empfohlen werden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Integration ist ein auf Wechselseitigkeit beruhender gesamtgesellschaftlicher Prozess und gleichzeitig eine kontinuierlich zu gestaltende politische Schlüsselaufgabe. Das Ziel einer erfolgreichen Integrationspolitik besteht darin, das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer gleichberechtigten Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes und im Geiste der Akzeptanz kultureller Vielfalt zu ermöglichen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	78.089	44.077	-
Sachkosten	176.165	175.499	-
Kalkulatorische Kosten	526	264	-
Sonstige Kosten *	17.373	6.180	-
Gesamtkosten	272.153	226.020	-
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	272.153	226.020	-
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 2:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/1

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/1790 und 18/1833 in der 34. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, zu klären, inwieweit beim ehemaligen Finanzamt Frankfurt V mit dem Bankverfahren betraute Steuerfahnder und -fahnderinnen sowie Steuerfahndungshelfer und -helferinnen durch das Verhalten der Verantwortlichen in der Steuerverwaltung veranlasst wurden, diese freiwillig oder unfreiwillig zu verlassen, um Repressalien durch den Dienstherrn zu entgehen. In Bezug auf vier mittlerweile in den Ruhestand versetzte Steuerfahnder ist zu klären, ob die einzelnen Verfahren zur Ruhestandsversetzung ordnungsgemäß und fehlerfrei durchgeführt worden sind oder ob diese gezielt aus dem Dienst entfernt werden sollten. Die in diesem Zusammenhang festgestellten Verfahrensmängel und möglicherweise entstandenen Schäden für das Land sind ebenso aufzuzeigen, wie die in diesem Zusammenhang festgestellten Mängel in der Personalführung in der Steuerverwaltung.

Der Untersuchungsausschuss hat weiter den Auftrag, zu klären, warum die vier ehemals beim Finanzamt Frankfurt V tätigen Steuerbeamten aufgrund ihres dienstlichen oder außerdienstlichen Verhaltens sowie aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt wurden. Aufzuklären ist auch, ob, mit welchem Hintergrund und mit welchem Ergebnis von dritter Seite, insbesondere auch von Abgeordneten des Hessischen Landtags, Gespräche mit den vier Steuerbeamten im Zusammenhang mit der Inruhestandsversetzung und der Ergreifung etwaiger Rechtsmittel geführt wurden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	74.892	-	-
Sachkosten	103.735	-	-
Kalkulatorische Kosten	2.500	-	-
Sonstige Kosten *	82.520	-	-
Gesamtkosten	263.647	-	-
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	263.647	-	-
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 3:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/2

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/2140 und 18/2158 in der 40. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, aufzuklären, welche Umstände zu der aktuellen Besetzung der Position der Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums geführt haben, und ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	21.363	-	-
Sachkosten	30.790	-	-
Kalkulatorische Kosten	763	-	-
Sonstige Kosten *	25.190	-	-
Gesamtkosten	78.106	-	-
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	78.106	-	-
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Herstellung, Druck und Kopie für Externe

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Bestellung von Externen und Genehmigung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

- Herstellung von Druckerzeugnissen

3.2 Fachleistungen zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
je 100 bedruckte Seiten	Stück	800	1.200	233	834	3.732
Anzahl Stunden (informativ)	BE	20	20	2	0	33
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Bei den Mengen ergibt sich eine Vergleichsstörung zu den Jahren 2008 und 2007 aus einer geänderten Verrechnungsmethode. Für 2009 wurden erstmalig Primärkosten eingeplant.

Qualitätskennzahlen werden zu Externen Leistungen nicht ausgewiesen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	5,79	5,36	1,12

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Vorbereitung und Durchführung von Fremdveranstaltungen

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Aufgrund einer Genehmigung oder Anweisung des Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

- Überlassung von Räumlichkeiten des Landtags für verschiedene Veranstaltungen

3.2 Fachleistung zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Vereine, Verbände, Organisationen

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	1.527	887	754
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Externen Leistungen nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung/ Stückkosten / Preis

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	-	-	78,98

Die Leistung geht ab dem Jahr 2010 im Produkt 4 (Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit) auf.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Ausbildung von Rechtsreferendaren

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Justizausbildungsverordnung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Während ihrer Referendarzeit absolvieren die Rechtsreferendare einen Ausbildungsabschnitt (Pflichtwahlstation) in verschiedenen Bereichen der Kanzlei des Landtags.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz bzw. Rechtsreferendare

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	0	0	117
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	-	-	-
Sachkosten	-	-	-
Kalkulatorische Kosten	-	-	-
Sonstige Kosten *	-	-	-
Gesamtkosten	-	-	-
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	-	-	-

Da in den letzten Jahren keine Rechtsreferendare ihre Ausbildungsstation bei der Kanzlei des Hessischen Landtags hatten, sind auch für das Jahr 2011 keine Kosten geplant.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Unterstützung anderer Buchungskreise bei der Erledigung ihrer Aufgaben

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	0	0	35
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	-	-	16.712
Sachkosten	-	-	-
Kalkulatorische Kosten	-	-	-
Sonstige Kosten *	-	-	-
Gesamtkosten	-	-	16.712
Erlöse	-	-	16.712
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:

Bezeichnung: Veranstaltungen, Pressekonferenzen

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	75	30	54	28	62
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	3.855	1.371	3.912
Sachkosten	125	94	145
Kalkulatorische Kosten	5.785	39	4.245
Sonstige Kosten *	1.523	803	1.651
Gesamtkosten	11.288	2.307	9.953
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	11.288	2.307	3.989
Ergebnis	–	–	-5.964

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	150,51	76,90	184,31

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 4:

Bezeichnung: Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag der Landesregierung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessische Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	938	250	381	185	184
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten /Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	42.421	12.259	26.436
Sachkosten	2.818	1.137	2.841
Kalkulatorische Kosten	614	383	651
Sonstige Kosten *	28.005	13.168	26.846
Gesamtkosten	73.858	26.947	56.774
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	73.858	26.947	18.981
Ergebnis	-	-	-37.793

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	78,74	107,79	149,01

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	500	1.900	1.697
	500-509, 519	Umsatzerlöse und Erlösminderungen	500	1.900	1.697
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	–	–	–
1a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	16.404.200	14.917.200	15.265.022
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	185.600	178.100	273.400
		Betriebsertrag	16.590.300	15.097.200	15.540.119
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	2.208.800	1.887.700	1.696.601
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	653.500	589.500	588.060
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	253.200	272.900	229.481
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	718.000	649.700	603.558
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	584.100	375.600	275.502
	618	Aufwandsberichtigungen	–	–	–
6	620-649	Personalaufwand	10.434.200	9.419.800	9.539.651
	620-629	Entgelte	4.445.300	3.876.300	4.191.646
			–	–	–
	630-638	Bezüge	3.668.500	3.473.700	3.174.517
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	–	75.000	115.931
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.320.400	1.994.800	2.057.557
			–	–	–
7	660-664, 666-667	Abschreibungen	1.623.700	1.789.700	1.780.183
8	650-659, 670-696, 699-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.013.500	3.378.600	3.730.263
	650-659	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	189.500	179.300	158.198
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.746.400	2.148.500	2.114.742
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	1.062.300	1.035.700	1.214.298
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	6.500	6.400	234.588
	700-709	Betriebliche Steuern	8.800	8.700	8.437
8a	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
		Betriebsaufwand	18.280.200	16.475.800	16.746.698
		Eigenergebnis	-1.689.900	-1.378.600	-1.206.579

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	1.389.900	1.378.600	938.994
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	1.389.900	1.378.600	938.994
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	1.389.900	1.378.600	938.994
		Verwaltungsergebnis	-300.000	-	-267.585
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme	-	-	-
		Finanzaufwand	-	-	-
		Finanzergebnis	-	-	-
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-300.000	-	-267.585
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	300.000	-	3.433.652
		Außerordentlicher Ertrag	300.000	-	3.433.652
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	-	-	3.166.067
		Außerordentlicher Aufwand	-	-	3.166.067
		Außerordentliches Ergebnis	300.000	-	267.585
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-
		Transferzahlungen	-	-	-
		Transferergebnis	-	-	-
		Neutrales Ergebnis	300.000	-	267.585
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
22	531, 538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	37.562.900	30.059.500	36.776.973
	531	Erträge aus Personalgestellung	–	–	–
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	–	–	3.012.955
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	37.562.900	30.059.500	33.547.592
	548	Erstattungen Legislative	–	–	216.426
		Summe Erträge Legislative	37.562.900	30.059.500	36.776.973
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	37.562.900	30.059.500	36.776.973
		Summe Aufwand Legislative	37.562.900	30.059.500	36.776.973
		Ergebnis Legislative	–	–	–
24	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	–	–	–
		Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	–
25	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	–	–	–
		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	–	–	–
		Außerordentliches Ergebnis Legislative	–	–	–
		Jahresergebnis Legislative	–	–	–

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. STANDARDERLÄUTERUNGEN

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind im Soll für das Jahr 2011 insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 185.600 EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	2.700 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	734.000 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	186.700 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	89.200 EUR

Beihilfen

Die als Ausgleich für die Beihilfezahlungen im Wege der Verrechnung an den Einzelplan 17 zu entrichtende Pauschale ist in der Vorsorgeprämie enthalten.

Beiträge zur Unfallkasse

Für das Tarifpersonal (Stand 01.02.2010) führt der Hessische Landtag mandantenbezogene Beitragsleistungen zur gesetzlichen Unfallversicherung ab. Als Beitrag sind eingeplant:

Für 133 Beschäftigte (einschließlich Aushilfskräften)	26.600 EUR
---	------------

Beiträge zur Vorsorgekasse

Für die Beamtinnen und Beamten entrichtet der Hessische Landtag im Wege der Verrechnung zwischen Kapiteln eine Vorsorgeprämie in Höhe von 893.500 EUR an die Vorsorgekasse (Einzelplan17), die im kameralen Ansatz (Gruppe 981) berücksichtigt ist.

Rückstellungen

In den geplanten Personalkosten sind Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt enthalten:

Rückstellungen für Altersteilzeit	320.000 EUR
Rückstellungen für noch nicht in Anspruch genommenen Urlaub	89.000 EUR
Rückstellungen für Überstunden	34.000 EUR
Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten	50.000 EUR
Rückstellungen für Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	160.000 EUR

Im geplanten Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien sind Zuführungen zu den Rückstellungen enthalten und Inanspruchnahmen von Rückstellungen aufwandsmindernd berücksichtigt (siehe hierzu Erläuterungen zu VKR 658).

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Für das Jahr 2011 ist eine Entnahme aus der kameralen Rücklage (300.000 EUR) zur Deckung der Ausgaben als neutraler Ertrag eingeplant.

Im Ist 2009 sind eine zentral vorgegebene Entnahme aus der kameralen Rücklage (2.841.200 EUR), eine Zuführung zur kameralen Rücklage (322.500 EUR), ein Ertrag aus Verlustübernahme (222.052 EUR) und ein Einsparbeitrag (47.900 EUR) als neutraler Ertrag enthalten. Soweit ein Anspruch auf Rückübertrag des zentral entnommenen Betrages in die kameralen Rücklage begründet werden soll (2.841.200 EUR), ist ein neutraler Aufwand enthalten. Zudem ist ein Aufwand aus einer Zuführung zur kameralen Rücklage nachgewiesen (322.500 EUR).

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2009 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

2. ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 544:

Davon 85.200 EUR als Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse.

Zu VKR 640-649:

Davon 893.500 EUR als Vorsorgeprämie (Vorjahr: 676.800 EUR).

Zu VKR 670-679:

Davon 250.000 EUR für Aufwendungen im Rahmen der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens. Die Mittel können auch zweckgebunden durch die Fraktionen im Landtag verwendet werden.

75.000 EUR für die Fraktionen im Landtag zur Abdeckung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Arbeit der Enquetekommission Integration. Von den Mitteln kann jede Fraktion zweckgebunden 15.000 EUR verwenden.

Zu VKR 680-689:

Davon 67.000 EUR zur Verfügung des Landtagspräsidenten und der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu VKR 658:

Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene

Für Zahlungen ist eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 23.899.900 EUR geplant, die sich wie folgt verteilt:

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	17.687.800
1. Entschädigung (§ 5 HessAbgG)	9.158.400	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 HessAbgG)	505.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 HessAbgG)	5.646.500	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 HessAbgG)	784.000	
5. Fahrkosten (§ 7 HessAbgG)	1.303.900	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16 HessAbgG)	290.000	
7. Unterstützungen (§ 17 HessAbgG)	–	
Zusammen	17.687.800	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	6.212.100
Summe:	–	23.899.900

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Im Aufwand sind als nicht zahlungswirksame Bestandteile Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt enthalten:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	6.150.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	3.250.000 EUR
Gesamt	9.400.000 EUR

Die Inanspruchnahme von Rückstellungen ist bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete aufwandsmindernd mit 4.250.000 EUR eingeplant.

Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen

Es sind Aufwendungen in Höhe von 7.265.965 EUR geplant, die sich wie folgt verteilen:

	EUR	EUR
CDU	–	1.764.566
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (46 x 13.000 EUR)	598.000	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	460.282	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	266.084	
Zusammen	1.764.566	
SPD	–	1.661.448
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (29 x 13.000 EUR)	377.000	
Oppositionszuschlag	121.678	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	460.282	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	262.288	
Zusammen	1.661.448	
FDP	–	1.378.080
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (20 x 13.000 EUR)	260.000	
Oppositionszuschlag	–	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	677.880	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.378.080	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1.348.596
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (17 x 13.000 EUR)	221.000	
Oppositionszuschlag	73.656	
Stellenaufkommen von 3 Planstellen	256.154	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	357.586	
Zusammen	1.348.596	
DIE LINKE	–	1.113.275
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	29.635	
Stellenaufkommen von 0 Planstellen	–	
Aufkommen vergleichbarer weggefallener Planstellen	565.440	
Zusammen	1.113.275	
Summe	–	7.265.965

Jede Fraktion erhält zur Deckung ihres Bedarfes einen Grundbetrag, der sich aus einem allgemeinen Grundbetrag (440.200 EUR) und einem Personalgrundbetrag, der auf der Basis von zugeordneten, vorhandenen oder weggefallenen Planstellen oder Stellen nach Standardpersonalkosten (Planbetrag für das Haushaltsjahr nach der Tabelle des HMdLuS) festgesetzt wird, zusammensetzt. Sind einer Fraktion keine Planstellen / Stellen zugeordnet, so wird der Personalgrundbetrag aus den Standardpersonalkosten für eine Planstelle der Besoldungsgruppe B3, für je zwei Planstellen der Besoldungsgruppen A16 und A15 und für drei Planstellen der Besoldungsgruppe A14, jeweils ohne Vorsorgeprämie, ermittelt.

Jede Fraktion erhält einen Betrag für jedes Mitglied (13.000 EUR).

Jede Fraktion, die nicht die Landesregierung trägt, erhält einen Oppositionszuschlag.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Die Jahresgrundbeträge, die Jahresbeträge für jedes Mitglied, das Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen und der Oppositionszuschlag (insgesamt 5.411.367 EUR) werden an die Fraktionen des Landtags in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt.

Bedienstete erhalten die Fraktionen zu Lasten der zugeordneten Planstellen bzw. Stellen und des zugehörigen Stellenaufkommens zur Verfügung gestellt. Werden zugeordnete Planstellen bzw. Stellen nicht in Anspruch genommen, wird das für die Planstellen bzw. Stellen eingeplante Aufkommen, vermindert um die Vorsorgeprämie, an die jeweilige Fraktion ausgezahlt.

Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die einer Besoldungs- oder Vergütungsgruppe angehören, welche nicht die Wertigkeit der Planstelle oder Stelle erreicht, auf der sie geführt werden, so wird der Differenzbetrag zwischen den geplanten Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) und den den Beschäftigten nach ihrer tatsächlichen Eingruppierung zuzurechnenden Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion ausbezahlt. Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die die regelmäßige Arbeitszeit geringer als eine Vollzeitkraft vereinbart haben (Teilzeitbeschäftigte), so werden die Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion in der Höhe ausgezahlt, die auf den Zeitanteil entfällt, um den die Arbeitszeit verringert ist.

Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes in gleichem Umfang teil, wie die Personalkostenansätze der Gruppen 422 und 428 in Kapitel 01 01.

Zahlung nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes

Es ist eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 1.247.000 EUR geplant. Der Betrag ist für Zahlungen an Landesverbände von Parteien auf der Grundlage des Wahlergebnisses der Landtagswahl vom 18. Januar 2009 vorgesehen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		118.800	181.900	51.819
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	118.800	181.900	51.819
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		–	25.000	1.320.424
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	–	25.000	1.320.424
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		143.000	1.021.000	1.159.840
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	143.000	1.021.000	1.159.840
Investitionen in Finanzanlagen		–	–	–
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		261.800	1.227.900	2.532.083
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
599	Rücklagenminderung zur Investitionsfinanzierung	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	261.800	1.227.900	2.532.082
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		261.800	1.227.900	2.532.082

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 000-049:

Davon:

- 50.000 EUR für ein Abrechnungsprogramm zur Berechnung von Reisekostenerstattung nach dem Abgeordnetenrecht,
- 20.000 EUR für die Erweiterung des Landtags-Intranets,
- 20.000 EUR für die Ersatzbeschaffung eines Programms zur Zeiterfassung,
- 28.800 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware.

Bei Investitionen in Anwendungen, die nicht mit Standard-Software abgedeckt werden können, ist der Einkauf von Fremdleistungen (Beratung, Konzeption, Implementierung, Tests usw.) im Planbetrag berücksichtigt.

Zu VKR 050-069, 091, 096:

Im Ist 2009 sind Investitionen in Höhe von 1.238.610,42 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Zu VKR 070-089, 090, 095:

Davon:

- 20.000 EUR für die Anpassung der Schließanlage,
- 17.000 EUR für Medienbestände/Bücher,
- 42.800 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von EDV-Arbeitsplatz- und Personalausstattungen,
- 20.000 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung sonstiger zentraler EDV-Technik,
- 19.300 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Restaurant- und Küchentechnik,
- 23.900 EUR für die allgemeine Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Büro- und Sitzungsraummöbeln sowie von Werkstattausstattungen usw. einschließlich geringwertiger Ausstattung.

Im Ist 2009 sind Investitionen in Höhe von 63.821,07 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR
Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	16.404.200	14.917.200
+ Investitionen lt. Finanzplan	261.800	1.227.900
- Abschreibungen	1.623.700	1.789.700
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	653.000	330.000
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	-	-
- Entnahmen aus den kameraleen Rücklagen	300.000	-
+/- Neutrales Ergebnis	300.000	-
+ Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Parteien und Fraktionen	37.562.900	30.059.500
- Zuführungen zu Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	9.400.000	2.516.200
+ Inanspruchnahme von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	4.250.000	4.226.300
- Rückzahlungen von Abgeordneten, Parteien und Fraktionen	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	46.802.200	45.795.000

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	IST 2009 EUR
Funkt.- Kennziffer				
01 01	Landtag			
	E I N N A H M E N			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)			
111	011 Gebühren, sonstige Entgelte	—	—	—
119	011 Sonstige Verwaltungseinnahmen	1 399 700	1 396 400	1 275 092
	Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.			
124	011 Mieten und Pachten	133 200	121 800	128 436
125	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	—	—	145
neu				
131	011 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	—	—	70 000
132	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen.	200	500	1 856
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
232	011 Sonstige Zuweisungen von Ländern	—	—	1 629
235	253 Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	—	3 493
281	011 Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	2 892
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
359	951 Sonstige Entnahmen	300 000	—	2 889 100
381	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	43 000	40 000	44 501
389	991 Sonstige Verrechnungen	—	—	16 712
	Gesamteinnahmen Kapitel 01 01	1 876 100	1 558 700	4 433 855

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	IST 2009 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

411	011	Aufwendungen für Abgeordnete	23 899 900	23 298 400	22 738 775
412	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—
422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	3 633 500	3 355 800	3 267 876
425	011	Vergütungen der Angestellten	—	4 238 800	4 100 567
426	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	805 500	860 618
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	800	15 800	—
428	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5 276 700	—	—
443	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	1 100	2 100	1 503
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	—	2 500	—
459	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	4 500	—	4 729
461	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	—

**Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den
Schuldendienst**

511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	846 400	970 900	893 730
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	146 900	152 100	131 220
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume ...	958 900	857 500	939 633
518	011	Mieten und Pachten	689 900	655 200	622 566
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	522 000	433 000	520 448
525	011	Aus- und Fortbildung	42 800	45 000	41 765
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	210 000	246 000	62 919
527	011	Dienstreisen	88 300	81 600	64 357
529	011	Verfügungsmittel	67 000	67 000	66 362
531	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	372 500	305 500	591 106
		Amtliche Druckwerke und Veröffentlichungen des Landtags dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.			
536	011	Verfahrensauslagen	—	—	—
537	011	Beförderungskosten	20 000	30 000	18 308

Kapitel 01 01 Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	IST 2009 EUR
Funkt.- Kennziffer				
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1 548 400	842 800	806 280
542	061 Steuern und Abgaben	—	—	—
545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.....	212 600	212 000	231 925
546	011 Vermischter Sachaufwand	123 600	105 100	112 632
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
632	011 Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	9 200	9 200	—
671	011 Erstattungen an Inland	89 700	90 000	89 688
681	011 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.....	—	—	8
684	011 Mittel nach Maßgabe des Fraktionsgesetzes, des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes	8 513 000	8 471 400	8 297 476
	1. Die Mittel sind übertragbar.			
	2. Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes wie die vergleichbaren Ansätze der Gruppen 422 und 428 teil.			
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	2 600	3 500	2 556
	Aus der Gruppe können auch persönliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.			
687	011 Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU).....	—	—	—
Baumaßnahmen				
711	011 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	25 000	—
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811	011 Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen...	123 100	964 300	1 014 675
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	951 Zuführungen an Versorgungsrücklagen	—	—	—
919	951 Sonstige Zuführungen	—	—	322 500
981	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	920 100	702 100	677 300
989	991 Sonstige Verrechnungen	354 800	365 600	356 809
Gesamtausgaben Kapitel 01 01		48 678 300	47 353 700	46 838 330

56
Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	IST 2009 EUR
Funkt.- Kennziffer				

Abschluss Kapitel 01 01

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 533 100	1 518 700	1 475 529
2	Übertragungseinnahmen	—	—	8 014
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	343 000	40 000	2 950 313
Gesamteinnahmen		1 876 100	1 558 700	4 433 855
4	Personalausgaben	32 816 500	31 718 900	30 974 068
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	5 849 300	5 003 700	5 103 250
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	8 614 500	8 574 100	8 389 728
7	Baumaßnahmen	—	25 000	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	123 100	964 300	1 014 675
9	Besondere Finanzierungsausgaben	1 274 900	1 067 700	1 356 609
Gesamtausgaben		48 678 300	47 353 700	46 838 330
Zuschuss/Überschuss		-46 802 200	-45 795 000	-42 404 475

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Datenschutzbeauftragter

A. Vorbemerkungen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige, nicht der Steuerung der Landesregierung unterliegende oberste Landesbehörde nach dem Hessischen Datenschutzgesetz folgende Aufgaben:

Er hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gegenüber allen Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie den der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen sicherzustellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen.

Ferner soll er das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Gefüge des Staates, insbesondere die Beziehungen der Verfassungsorgane des Landes und der Organe kommunaler Selbstverwaltung untereinander und zueinander, vor einer Gefährdung infolge der automatisierten Datenverarbeitung bewahren.

Die Aufgabenwahrnehmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten erstreckt sich auf die Durchführung von anlassbezogenen und anlassunabhängigen Kontrollen, sowie auf die Beratung der seiner Zuständigkeit unterliegenden Stellen und Parlamente in allen Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des freien Zugangs zu Informationen (vgl. insbes. §§ 24, 25 HDSG). Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat dabei mit Behörden und sonstigen Stellen, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz in Bund und Ländern im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich zuständig sind, zusammenzuarbeiten.

Mehr als die Hälfte der Arbeiten des Hessischen Datenschutzbeauftragten sind nicht vorausplanbar, weil sie auf Anfragen zur Beratung von öffentlichen Stellen und auf Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oder die Mitarbeit bei der Normsetzung betreffen. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten gebietet es, flexibel und möglichst zeitnah solche von außen angestoßenen Arbeiten durchzuführen und ggf. geplante Arbeiten zurückzustellen. In den Erläuterungen zum Leistungsplan des Produktplans finden sich deshalb keine Kennzahlen. Dem Zweck der Außensteuerung dienende produktspezifische Kennzahlen durften schon wegen der besonderen Stellung nach § 22 HDSG und Art. 28 Abs. 1 EG-Datenschutzrichtlinie nicht entwickelt werden, denn eine Steuerung der Aufgabenerfüllung des Hessischen Datenschutzbeauftragten von außen ist unzulässig (s. Urteil des EuGH vom 9. März 2010 C 518/07). Interne Steuerungsinstrumente wie Jahresplanung und Erfolgskontrolle sind demgegenüber seit langem vorhanden.

Der Hessische Datenschutzbeauftragte übt sein Amt im Nebenamt aus; seine Vergütung wird durch einen Vertrag geregelt (§ 21 HDSG). Die Wahlperiode ist an die Legislaturperiode des Hessischen Landtags gekoppelt. Der Hessische Datenschutzbeauftragte bleibt bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt. Die Personal- und Sachausstattung ist ihm vom Präsidenten des Hessischen Landtags zur Verfügung zu stellen und im Einzelplan des Landtags in einem eigenen Kapitel auszuweisen (§ 31 HDSG).

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

W i r t s c h a f t s p l a n

Leistungsplan

Die im Leistungsplan ausgewiesenen Ergebnisse und die Produktabgeltung sind - neben dem Finanzrahmen - Gegenstand des Haushaltsbeschlusses und damit verbindlich.

Die Ansätze der beiden Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt

Haushaltsvermerke zum kameralen Rumpfhaushalt sind bei diesem ausgebracht.

Zum 31.12.2009 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 81.735,92 EUR.

Zum 31.12.2009 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 29.490,65 EUR.

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2011				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
Produkte							
6		Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen	22.161	2.009,7	-	2.009,7	-
7		Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament	4.119	405,9	-	405,9	-
Summe Produkte				2.415,6	-	2.415,6	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
7		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise (HDSB)	-	-	-	-	-
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				-	-	-	-
Gesamtsumme				2.415,6	-	2.415,6	-

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2010					Ist 2009				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
21.605	2.072,8	-	2.072,8	-	22.425	1.868,8	0,4	2.030,3	161,9
4.122	313,7	-	313,7	-	3.253	327,9	-	386,9	59,0
	2.386,5	-	2.386,5	-		2.196,7	0,4	2.417,2	220,9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-		-	-	-	-
	2.386,5	-	2.386,5	-		2.196,7	0,4	2.417,2	220,9

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:

Bezeichnung: Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen

IPR-Nr. 013 - Datenschutzbeauftragte des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung und eine Vielzahl von Fachgesetzen aus allen Verwaltungsbereichen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Beratung und Kontrolle der der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach § 3 HDSG unterliegenden öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Sicherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung von Personen.

Die Annahme aus dem Haushaltsjahr 2009 hat sich bestätigt, wonach der Beratungsaufwand durch die verstärkte Einführung landesweiter, zentraler Verfahren (z.B. im E-Government-Bereich oder im Polizei-, Melde-, Schul- und Finanzbereich) deutlich zugenommen hat. Die Fortsetzung dieser Tendenz wird auch für 2011 erwartet. Damit sind weiterhin nicht kalkulierbare Verschiebungen hin zu aufwändigen längerfristigen Beratungen zu Lasten anlassunabhängiger Prüfungen, verbunden.

3.2 Leistungen zum Produkt

Die Erbringung der Leistungen zu diesem Produkt basiert zum einen Teil auf anlassunabhängigen Planungen, zum anderen Teil auf Beantwortung von Anfragen und Beschwerden von Behörden und von Personen, die ihr Recht nach § 28 HDSG wahrnehmen. Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Prüfung und Beratung (Recht und IT)
- Bürger-/ Behördenanfragen (Recht und IT)
- Durchführung von Schulungen (Recht und IT)
- Marktbeobachtung / Test IT
- EU-/Bund-/Länder-Arbeitskreise (Recht und IT)
- Sonderprojekte (Recht und IT)

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Alle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten unterliegenden öffentlichen Stellen sowie jede oder jeder, die oder der das Anrufungsrecht nach § 28 HDSG ausübt.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten	STD	22.161	21.605	22.425	23.455	18.961
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen nicht entwickelt. Interne Steuerungsinstrumente sind vorhanden.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	1.201.946	1.227.084	1.121.426
Sachkosten	52.585	64.986	50.064
Kalkulatorische Kosten	13.743	10.810	17.376
Sonstige Kosten *	741.438	769.938	679.896
Gesamtkosten	2.009.712	2.072.818	1.868.762
Erlöse	-	-	444
Produktabgeltung	2.009.712	2.072.818	2.030.289
Ergebnis	-	-	161.971

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	90,68	95,94	83,33

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	90,68	95,94	90,53

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7:

Bezeichnung: Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament

IPR-Nr. 013 - Datenschutzbeauftragte des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Angelehnt an die Standardprodukte der Hessischen Ministerien "Anfragen und Initiativen aus dem Parlament" und "Normsetzung" sind in diesem Produkt alle Arbeiten zusammengefasst, die in die Beratung von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit Normsetzung oder die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen einfließen. Dazu gehört auch die Erstellung von Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Datenschutzes, des freien Zugangs zu Informationen sowie Information der Landesregierung und des Parlaments durch die Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts, Durchführung des Wiesbadener Forums Datenschutz und Pressearbeit zu aktuellen Themen.

Entwicklungen bei der Gesetzgebung haben maßgeblichen Einfluss.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten
- Stellungnahmen zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus Regierung und Parlament (Recht und IT)
- Bearbeitung von Grundsatzfragen
- Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts
- Durchführung des jährlichen "Wiesbadener Forum Datenschutz"

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Hessischer Landtag und Fraktionen sowie Hessische Landesregierung.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2011	Soll 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)	STD	4.119	4.122	3.253	3.276	3.131
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
-						

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen nicht entwickelt. Einer internen Steuerung ist dieser Teil nur bei Initiativen des Hessischen Datenschutzbeauftragten zugänglich. Bei Anfragen und Stellungnahmen hängt die Intensität der Beratung wesentlich von den Empfängern und den fachlichen Erfordernissen ab.

7. Kostenzusammensetzung / Stückkosten / Preis

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Personalkosten	216.673	173.152	159.380
Sachkosten	61.082	32.256	69.753
Kalkulatorische Kosten	2.194	1.369	2.221
Sonstige Kosten *	125.975	106.934	96.536
Gesamtkosten	405.924	313.711	327.890
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	405.924	313.711	386.895
Ergebnis	-	-	59.005

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Stückkosten (in EUR)

Gesamtkosten / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	98,55	76,10	100,79

Preis (in EUR)

Produktabgeltung / Menge	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
	98,55	76,10	118,93

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-	-	444
	500-509, 519	Umsatzerlöse und Erlösminderungen	-	-	444
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	-	-	-
1a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	2.415.600	2.386.500	2.417.184
2	520-524	Bestandsveränderungen	-	-	-
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	4.000	4.000	6.657
		Betriebsertrag	2.419.600	2.390.500	2.424.285
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	60.600	40.300	54.811
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	-	-	-
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	14.000	7.100	8.930
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	8.400	20.600	10.339
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	4.700	8.800	3.623
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	33.500	3.800	31.919
	618	Aufwandsberichtigungen	-	-	-
6	620-649	Personalaufwand	1.907.000	1.899.900	1.731.892
	620-629	Entgelte	305.600	338.500	264.914
			-	-	-
	630-638	Bezüge	1.213.200	1.244.000	1.164.750
	639	Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	5.600	5.600	19.367
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	382.600	311.800	282.861
			-	-	-
7	660-664, 666-667	Abschreibungen	27.400	20.900	31.348
8	650-659, 670-696, 699-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	424.600	429.400	400.197
	650-659	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	7.600	11.800	8.919
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	337.500	326.000	300.711
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	77.800	89.800	89.151
	690-696, 699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	1.200	1.200	1.027
	700-709	Betriebliche Steuern	500	600	389
8a	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	-	-	-
		Betriebsaufwand	2.419.600	2.390.500	2.218.248
		Eigenergebnis	-	-	206.037

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	-
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	-	-	-
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	-	-	-
		Verwaltungsergebnis	-	-	206.037
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme	-	-	-
		Finanzaufwand	-	-	-
		Finanzergebnis	-	-	-
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-	206.037
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	-	-	117.800
		Außerordentlicher Ertrag	-	-	117.800
18	665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	-	-	323.837
		Außerordentlicher Aufwand	-	-	323.837
		Außerordentliches Ergebnis	-	-	-206.037
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-
		Transferzahlungen	-	-	-
		Transferergebnis	-	-	-
		Neutrales Ergebnis	-	-	-206.037
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
22	531, 538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	531	Erträge aus Personalgestellung	-	-	-
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	-	-	-
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	548	Erstattungen Legislative	-	-	-
		Summe Erträge Legislative	-	-	-
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
		Summe Aufwand Legislative	-	-	-
		Ergebnis Legislative	-	-	-
24	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	-	-	-
		Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-
25	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	-	-	-
		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-
		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-	-	-
		Jahresergebnis Legislative	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 4.000 EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	200 EUR
Hessische Zentrale der Datenverarbeitung (HZD)	38.500 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	29.700 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	4.100 EUR

Beiträge zur Unfallkasse

Für das Tarifpersonal (Stand 01.02.2009) führt der Hessische Datenschutzbeauftragte mandantenbezogene Beitragsleistungen zur gesetzlichen Unfallversicherung ab. Als Beitrag sind eingeplant:

Für 8 Angestellte	1.600 EUR
-------------------	-----------

Beiträge zur Vorsorgekasse

Für die Beamtinnen und Beamten entrichtet der Hessische Datenschutzbeauftragte im Wege der Verrechnung zwischen Kapiteln eine Vorsorgeprämie in Höhe von 290.500 EUR an die Vorsorgekasse (Einzelp17), die im kameralen Ansatz (Gruppe 981) berücksichtigt ist.

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

-

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 640-649:

Davon 290.500 EUR als Vorsorgeprämie und 5.000 EUR für Rückstellungen (Arbeitgeber-Anteile an sozialversicherungspflichtigen Entgelten).

Zu VKR 680-689:

Davon 3.000 EUR zur Verfügung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Aus den Verfügungsmitteln sind auch Aufwendungen für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen wie z.B. anlässlich dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen, zu bestreiten.

Zu VKR 665, 668-669, 697-698, 730-739, 790-799:

Im Ist 2009 davon 117.800 EUR als Abführung zur Entlastung des Landeshaushalts auf der Grundlage des Haushaltsaufstellungserlasses für das Haushaltsjahr 2009, 158.037 EUR als Gewinnabführung an den Landeshaushalt und 48.000 EUR als Zuführung zu einer Verwaltungsrücklage.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR	Ist 2009 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		12.000	–	1.140
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	12.000	–	1.140
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		12.500	–	7.301
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	12.500	–	7.301
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		–	4.000	21.214
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	–	4.000	21.214
Investitionen in Finanzanlagen		–	–	–
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		24.500	4.000	29.655
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	24.500	4.000	29.655
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		24.500	4.000	29.655

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 000-049:

12.000 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

Zu VKR 050-069, 091, 096:

12.500 Euro für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2011 EUR	Soll 2010 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	2.415.600	2.386.500
+ Investitionen lt. Finanzplan	24.500	4.000
– Abschreibungen	27.400	20.900
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	–	–
– Zuführungen zur Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	49.200	34.500
+ Auflösung der Pensionsrückstellung / Rückstellungen für Altersteilzeit	–	–
– Entnahme aus kameralen Rücklagen	–	–
+/- Neutrales Ergebnis	–	–
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	2.363.500	2.335.100

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	IST 2009 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

422	011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	1 200 500	1 244 000	1 161 509
425	011 Vergütungen der Angestellten	—	396 500	334 943
427	011 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5 600	5 600	5 522
428	011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	361 200	—	—
443	011 Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	500	1 000	408
453	011 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	—	—	1 845
459	011 Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
461	981 Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	—

**Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den
Schuldendienst**

511	011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	54 100	52 500	51 471
514	011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	2 700	7 400	2 284
517	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume ...	84 600	69 400	48 263
518	011 Mieten und Pachten	189 700	190 000	210 652
519	011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	500	2 500	7 408
525	011 Aus- und Fortbildung	6 000	10 500	4 753
526	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	30 000
527	011 Dienstreisen	30 500	37 000	30 005
529	011 Verfügungsmittel	3 000	3 000	1 713
531	011 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	24 300	20 200	19 243
	Eigene Veröffentlichungen dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen, einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.			
537	011 Beförderungskosten	—	—	—
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	77 200	41 200	28 065
542	061 Steuern und Abgaben	—	—	—
546	011 Vermischter Sachaufwand	—	—	—

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2010 EUR	IST 2009 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
633	011 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever- bände	—	—	—
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtun- gen	1 000	1 000	787
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen...	—	—	—
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	951 Zuführungen an Versorgungsrücklagen	—	—	—
919	951 Sonstige Zuführungen	—	—	—
981	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	292 100	220 600	200 900
989	991 Sonstige Verrechnungen	34 000	36 700	34 300
Gesamtausgaben Kapitel 01 03		2 367 500	2 339 100	2 174 070
Abschluss Kapitel 01 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	4 000	4 000	6 657
2	Übertragungseinnahmen	—	—	444
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	—	117 800
Gesamteinnahmen		4 000	4 000	124 900
4	Personalausgaben	1 567 800	1 647 100	1 504 226
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	472 600	433 700	433 857
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	1 000	1 000	787
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	326 100	257 300	235 200
Gesamtausgaben		2 367 500	2 339 100	2 174 070
Zuschuss/Überschuss		-2 363 500	-2 335 100	-2 049 170

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2011

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungseinnahmen	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01 01	Landtag	—	1.533.100	—	343.000	1.876.100
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	4.000	—	—	4.000
	Insgesamt:	—	1.537.100	—	343.000	1.880.100

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
32.816.500	5.849.300 —	8.614.500	—	123.100	1.274.900	48.678.300	-46.802.200
1.567.800	472.600 —	1.000	—	—	326.100	2.367.500	-2.363.500
34.384.300	6.321.900 —	8.615.500	—	123.100	1.601.000	51.045.800	-49.165.700

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2011

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2011 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2012 EUR	2013 EUR	2014 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2011 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2011	(2010)	
Feste Gehälter				
B 8	(001)	1		Direktor/in beim Hessischen Landtag Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.125 EUR.
B 6	(001)	1	(2)	Ministerialdirigent/in
B 3	(001)	5	(3)	Leitender/de Ministerialrat/rätin davon: 3 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(100)	–	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n
A 16	(001)	20	(18)	Ministerialrat/rätin davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
A 15	(001)	22		Regierungsdirektor/in davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2018
A 14	(001)	12	(11)	Regierungsoberrat/rätin davon: 3 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2013
A 13 h.D.	(001)	5		Regierungsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	1		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	2,5	(1,5)	Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	2,5		Oberinspektor/in davon: 1 Stelle für die Besetzung mit Schwerbehinderten, die bis zu 78 v.H. in Anspruch genommen werden darf und bei Freiwerden nach Kap. 03 01 umzusetzen ist
		75	(70,5)	

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2010	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2011				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG				Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2011		Hebungen 2011			Umset- zungen/ Umwandl. 2011		Sonstige Verände- rungen 2011	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-	+	-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12										
B 6	(001)	2,0												1,0							1,0
B 3	(001)	3,0									1,0			1,0							5,0
A 16	(001)	18,0												2,0							20,0
A 16	(100)	0,5						0,5													0,0
A 15	(001)	22,0									2,0			2,0							22,0
A 14	(001)	11,0									2,0						1,0				12,0
A 11	(001)	1,5									1,0										2,5
Versch.		12,5																			12,5
Zusammen		70,5						0,5		6,0			3,0	3,0		1,0					75,0

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Zu Spalte 8: 1 B 3 neu für eine/n Abteilungsleiter/in

2 A 15 neu für Referentinnen/Referenten, davon 1 kw mit Ablauf 31.12.2018

2 A 14 neu für Referentinnen/Referenten, davon 1 kw mit Ablauf 31.12.2013

1 A 11 neu für eine/n Sachbearbeiter/in

Zu Spalte 9: 1 B 3 infolge Senkung von Bes.Gr. B 6 für eine/n Abteilungsleiter/in

2 A 16 infolge Hebung von Bes.Gr. A 15 für Referatsleiter/innen

Zu Spalte 10: 1 A 14 infolge Umsetzung nach Kap. 02 02

Fraktionsassistenten

Mittel für insgesamt 20 Bedienstete, die den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2011	(2010)	
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 15	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 15	(976)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 13 h.D.	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
		5	(5)	

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen 2011	(2010)	
Höherer Dienst	(001)	3		Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	28		Gehobener Dienst davon: 1 Stelle, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden kann 1 Stelleninhaber hat eine Dienstwohnung
Gehobener Dienst	(000)	0,5		Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	53	(52)	Mittlerer Dienst
Mittlerer Dienst	(000)	1,5	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Einfacher Dienst	(001)	18,5		Einfacher Dienst
Einfacher Dienst	(000)	0,5	(-)	Altersteilzeitstelle/n kw
Auszubildende	(001)	3		Auszubildende
		108	(105,5)	

Ausgangspunkt für die Stellenübersicht ist der Stellenbestand 2010 nach Überleitung infolge Inkrafttretens des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen - TV-H (§ 9 Abs. 1 HG). Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. TV-H wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2010	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2011		
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG				neue/weg- gefallene Stellen 2011	Hebungen 2011		Umset- zungen/ Umwandl. 2011		Sonstige Verände- rungen 2011			
			+	-	+	+	-	+	-	+		-	+	-	+	-			
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
M. Dienst	(001)	52,0					1,0												53,0
M. Dienst	(000)	0,5		1,0															1,5
E. Dienst	(000)	0,0		0,5															0,5
Versch.		53,0																	53,0
Zusammen		105,5		1,5			1,0												108,0

Zu Spalte 5: 3 mal 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2010

Zu Spalte 8: Neu für eine/n Mitarbeiter/in

Fraktionsassistenten

Mittel für 1 Bedienstete/n, die/der den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (Leerstellen)

	Kennung	Stellen		
		2011	(2010)	
Mittlerer Dienst	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
		1	(1)	

Ausgangspunkt für die Stellenübersicht ist der Stellenbestand 2010 nach Überleitung infolge Inkrafttretens des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen - TV-H (§ 9 Abs. 1 HG). Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. TV-H wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2011	(2010)	
Feste Gehälter				
B 3	(001)	1		Leitender/de Ministerialrat/rätin
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	7		Ministerialrat/rätin
A 15	(001)	4		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	1		Regierungsoberrat/rätin
A 13 h.D.	(001)	1		Regierungsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	4		Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(002)	1		Technischer/sche Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	1		Amtsrat/rätin
		20	(20)	

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen		
		2011	(2010)	
Höherer Dienst	(001)	1		Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	2,5		Gehobener Dienst
Mittlerer Dienst	(001)	2,5		Mittlerer Dienst
		6	(6)	

Ausgangspunkt für die Stellenübersicht ist der Stellenbestand 2010 nach Überleitung infolge Inkrafttretens des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen - TV-H (§ 9 Abs. 1 HG). Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. TV-H wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.